

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erscheint
wöchentlich 2 mal und gelangt Mittwoch und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 70.00 M. frei ins Haus.
Durch die Postanstalten und Telegrafträger bezogen 71.50 M.
Telegramm-Adresse: Zeitung.
Ansprücher Nr. 27.



Anzeigen
werden die sechs-spaltige 3 mm hohe (Weiß-)Pelle oder deren Raum mit 4.00 M. berechnet; auswärts 5.00 M. Bei Abberholungen entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 8.— M. Verbindlichkeit für Platz, Anzeigensfrist und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Bankkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.
Annahmestelle für Offerten und Anstalt beträgt 80 Pf. Zeitungsbelegungen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerel Hugo Munzer, Spangenberg - Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 132.

Sonntag, den 3. Dezember 1922.

15. Jahrgang.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 2. Dezember 1922.

Wie wird der Winter? In weitesten Kreisen glaubt man, daß auf einen heißen Sommer ein strenger Winter folge, während einem kühlen Sommer ein milder Winter entsprechen soll. Das läßt sich aber in dieser Ausschließlichkeit nicht behaupten. Wie der bekannte Meteorologe Professor Kahner in der „Leipziger Illustrierten Zeitung“ ausführt, speichert ein sehr strenger Winter in Erde und Wasser so viel Kälte auf, daß dann im Frühjahr und Sommer große Wärmemengen nötig sind, um einen Ausgleich zu schaffen. Nach dem kalten Winter von 1921/22 folgte daher ein kühler Sommer. Auf einen sehr milden Winter hin gibt es meistens einen warmen Sommer, weil dann die Kälteansammlungen nicht bedeutend sind. Einem sehr warmen Sommer entspricht aber aus anderen meteorologischen Gründen meistens ein folgender kalter Winter mit unangenehmen Stürmen. Nach einem mäßig warmen Sommer haben wir einen mäßig milden Winter zu erwarten, und dies dürfte wohl in diesem Jahre der Fall sein. Hoffen wir, daß bei den teuren Brennstoffpreisen der Herr Professor mit seinen Voraussagen Recht hat.

Gegen Tanzwut und Alkoholmißbrauch. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist im preussischen Ministerium ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der für ganz Preußen ein Tanzverbot für Bobarett, Vars und Dielen vorlieht. Auch die erhebliche Einschränkung des Alkoholauschanks soll geregelt werden. Es ist ein Rahmengesetz vorgesehen, das den Ausschank alkoholischer Getränke unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse regeln wird.

+ 1 Kilo Zeitungspapier 234 M. 50 Pfg. Der Desiderandenhang der Papierfabriken kennt keine Grenzen. Nachdem der 10 000-Kilo-Waggon am 1. November gegen den Oktoberpreis um 900 000 M. erhöht wurde, ist ab 16. November eine weitere Erhöhung um 550 000 M. eingetreten. Ein Waggon kostet jetzt 2 345 050 M. Diesen Betrag muß der Zeitungsvorleger

Das Geheimnis von Dubshinka.

4) Kriminalroman von Erich Benstein.

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 96, 1922.

Die Gräfin lächelte ein wenig.
„Sie sind aber ein sehr schönes Mädchen, Fräulein Biron — vielleicht haben Sie schon einen Bräutigam, dem die Trennung nahegeht? Es ist nämlich möglich, daß wir dann im Frühjahr nach Paris und später an den Genfer See gehen. So würde wohl lange Zeit vergehen, ehe wir wieder nach Oesterreich kommen.“

„Ich habe auch keinen Bräutigam, Frau Gräfin.“
„Das ist gut. Dann sind Sie auch nicht gequält durch die Verpflichtung, ewig Briefe schreiben zu müssen. Oder unterhalten Sie sonst eine ausgedehntere Korrespondenz? Ich meine, mit Freundinnen oder Bekannten vielleicht?“

Die Gräfin sprach ganz harmlos. Dennoch hatte Helene plötzlich das Gefühl, als wolle man sie ausbilden. Wozu? Was ging das die Leute an, ob sie Freunde besaß und Briefe schrieb?

„Nein,“ antwortete sie kurz, „ich bin überhaupt keine große Freundin vom Briefschreiben.“
„Sie dürfen mich nicht mißverstehen,“ beeilte sich die Gräfin, der ihre Bekundung offenbar nicht entgegen war, zu erklären, „natürlich geht mich eine so absolute Privatangelegenheit, wie es Ihre Korrespondenz ist, nichts an. Aber wir müssen doch entlassen, weil sie, nach acht Tagen nur zweimal entlassen, weil sie ohne sich um mich viel zu kümmern, fast den ganzen Tag in ihrem Zimmer saß und schrieb. Sie hatte zwar noch keinen Bräutigam, aber dafür so viele Bekannte, daß täglich Briefe kamen — einmal sogar mitten in der Nacht ein Expedient! Und von wem? Von einer Freundin, die sich verlobt hatte und sie wichtige Angelegenheiten mitteilen wollte! Was für wichtige Angelegenheiten?“

„Das ist allerdings ein wenig komisch,“ erwiderte Helene, „deshalb aus dem Schlaf aufwachen zu lassen!“

14 Tage nach Empfang in bar bezahlen. Die Bezugspreisgebühren der Zeitungen stehen somit vor einer weiteren gewaltigen Erhöhung. — An dieser Papierpreistreibelei bleibt nur unverständlich, daß das Reich und alle Behörden zusehen, wie die deutsche Volkswirtschaft zertrümmert wird.

Umwandlungen im Eisenbahnbetrieb. Durch Erlass des Reichsverkehrsministeriums sind im Reichsbahndirektionsbezirk Cassel die drei größeren Hauptwerkstätten Cassel, Bierschiebelsbahnhof 1, Paderborn Hauptbahnhof und 2 Paderborn Nord mit dem 10. November 1922 zu Ausbesserungswerken umgewandelt worden. Die Hauptwerkstätten führen nunmehr die Bezeichnung Eisenbahnausbesserungswerk Cassel, Eisenbahnausbesserungswerk Paderborn 1 und Eisenbahnausbesserungswerk Paderborn 2. Die bisherige Bezeichnung Werkstättenamt ist mit dem gleichen Tage aufgehoben worden.

Aus Nah und Fern

Sonneberg. Bei lebendigem Leibe verbrannt ist das dreijährige Töchterchen des Arbeiters Müller hier. Die Mutter des Kindes hatte dies mit noch einem zwei Jahre alten Knaben allein in der Wohnung gelassen. Im Ofen war Feuer und das 3 Jahre alte Mädchen machte sich am Ofen zu schaffen. Die Kleider des Kindes fingen Feuer. Als die Mutter heimkam, lag das Mädchen am ganzen Oberkörper verbrannt in den letzten Zügen. Sofort in Anspruch genommene ärztliche Hilfe war umsonst. Gerade an seinem Geburtstag wurde das bedauernswerte Kind beerdigt.

Mrustadt. Eine Merkwürdigkeit wird aus Molsdorf mitgeteilt. Im ganzen Kirchenjahr starb kein Molsdorfer Kind und kein Mann. Der Tod forderte seine Opfer nur aus der Frauennwelt, 12 an der Zahl. Zwei junge Mädchen, 19 und 21 Jahre, zwei junge Mütter, 29 und 30 Jahre, eine 44jährige Frau, Mutter einer großen Kinderschar, eine 66jährige, fünf Greisinnen über 70 Jahre alt und eine erlangte das hohe Alter von fast 93 Jahren.

„Nicht wahr? Und natürlich konnte sich Mary an eine so schreibselbige Gouvernante auch nicht gewöhnen. Das Kind leidet ohnehin noch unter der Trennung von seiner alten Kinderfrau, an die es seit der Geburt gewöhnt war und die wir erst kürzlich entließen, weil wir meinten, es brauche nun doch schon die Leitung einer gebildeten, nach pädagogischen Grundsätzen vorgehenden Mütterin.“

Helene verstand, daß sie viel Briefe schrieb oder empfing.

„Ich werde mich gewiß bemühen,“ sagte sie ruhig, „meine Zeit dem Kinde zu widmen und seine Liebe zu gewinnen.“

Im stillen dachte sie: „Wie gut, daß ich Peter Stindemann kein Versprechen gab! Und doch auch — wie schade! Daß ich ihm nun nicht schreiben kann!“

Der Diener, der bei Tisch servierte, war gleichfalls ein Tscheche, der wahrlich nicht Deutsch konnte, denn sowohl der Graf als auch die Gräfin erteilten ihre Befehle an ihn in seiner Muttersprache. Das Souper war gut und reichlich gewesen. Nun hatte der Diener, der übrigens ein ganz gewöhnlicher, wenig geschulter Mann zu sein schien, und sich stöhnend umbeuglich in seiner Arbeit fühlte, die Käsetellerchen aufgestellt.

Darauf entstand eine kleine Pause. Im Vorraum hörte man Geflüster, Schreie wurden geschrien, Fächer aufgelesen. Endlich erschien der Diener wieder, mit ratlosem Gesicht und flüsternde dem Grafen etwas zu sagen.

Dieser blickte ebenso ratlos auf die Gräfin. „Dan findet keine Käseesser. Mühselt du nicht.“
„Ich? Aber mein Lieber, ich habe ja auch keine Ahnung! Vielleicht sind gar keine da!“ lachte die Gräfin. Dann rief sie dem Diener etwas auf tschechisch zu, worauf dieser verschwand und nach einigen Minuten mit gewöhnlichen Tischmessern erschien.

Anschließend hatte es der Graf für nötig befunden, Helene die Situation zu erklären. Wir sind nämlich erst gestern hier angekommen, müssen Sie wissen, Fräulein Biron, und haben unsere bisherige

Uns Stadt und Land.

Die Ueberwindung des deutschen Hausbesitzes. Die „Reichspost“ entnimmt einem jugoslawischen Blatt eine Meldung, wonach der Sohn des jugoslawischen Ministerpräsidenten Raschich in Berlin 23 große Häuser für insgesamt 200 Millionen Mark gekauft haben soll. Im ganzen sollen sich 600 Berliner Häuser in serbischen Händen befinden.

Das frühere deutsche Handelsunterseeboot „Deutschland“. Das bekanntlich während des Krieges als erstes die Ueberfahrt nach Amerika machte und von dort mit einer Kridelladung zurückgekehrt war, ist meistbietend für 200 Pfund in England verkauft worden.

Kaolinfunde bei Halle. Auf städtischem Gelände des Stadtgutes Seeben wurden Kaolinlager in großer Ausdehnung festgestellt. Die Stadt Seeben will das Lager mit einem Kostenaufwand von 200 000 Mark anbohren lassen, um es, entweder verpachtet oder in eigener Regie, für die Fabrication von Porzellan und Schamotte zu verwenden.

Streit und Aussperrung der Stettiner Hafenarbeiter. Eine Gruppe von Hafenarbeitern hatte die Lösung eines Erdampfers davon abhängig gemacht, daß ihnen ein tariflich nicht begründeter Zuschlag von 125 Prozent zu den Löhnen gewährt würde. Die in Betracht kommende Reederei wollte nur 25 Prozent gewähren. Daraufhin haben die Arbeiter die Arbeit verweigert, und der Schutverband der Reedereien stellte nun das Ultimatum, die Arbeit sofort aufzunehmen. Diefem Verlangen ist man nicht nachgegeben. Infolgedessen ist der weitere Beschluß der Reedereien in Kraft getreten, die gesamte Hafenarbeiterchaft auszusperrten.

Spangenteignung des Hausbesitzes in Würtemberg. Wie verlautet, beabsichtigt die württembergische Regierung, ein Gesetz zu erlassen, nach welchem die Häuser im Spangengebiet enteignet werden sollen, bei denen die Besitzer schuldhafterweise deren Verkauf herbeiführt haben oder noch herbeiführen wollen.

Ein gräßliches Unglück. In dem Orte Laucha bei Leipzig blieb ein Ziegelmeister mit seiner Arbeitschürze im Räderwerk einer Maschinenpresse hängen, und wurde so ins Getriebe hineingezogen. Der Bedauernswerte ist dabei fürchterlich zugerichtet worden.

Dienerschaft in Mendoban, wo wir das letzte Halbjahr verbrachten, zurückgelassen.“

„Da wir doch die Absicht haben, nach Aegypten zu gehen,“ schaltete die Gräfin ein, „wohin nur meine Liebe uns begleitet.“

„Dubshinka habe ich erst vor kurzem gekauft. Wir sind das erste Mal hier und gedachten, uns für die kurze Zeit unseres heiligen Aufenthalts mit einer aus der Umgegend gemieteten Aushilfsdienerschaft zu behelfen. Nun weiß aber leider niemand recht Bescheid im Hause. Sie müssen dies gütigst versehen.“

„D, bitte — — — meinnetwegen hat dies doch nichts zu sagen.“

„Wir machen uns ja bald aus dem Staube!“ lachte die Gräfin und lehnte sich behaglich in ihren Stuhl zurück. „Alles Unangenehme lassen wir dir zurück — dafür bist du der Herr und Gebieter. Ach, ich freue mich schon so auf Aegypten!“

Es gab noch einige ähnliche Zwischenfälle, ehe Helene wieder allein in ihrem Zimmer war. Die Dienerschaft war offenbar gar nicht auf Herrschaftsbedingung eingerichtet und in dem Hause, wo vieles fehlte, mußte niemand Bescheid.

Helene merkte auch, daß dem Grafen diese Zwischenfälle die von der Gräfin lachend als amüsante Abenteuer genommen wurden — äußerst peinlich zu sein schienen.

Als sie dann zur Ruhe gegangen war, konnte Helene keinen Schlaf finden und wanderte bis gegen Mitternacht in ihrer großen, niedrigen Stube auf und ab. Seit, wo sie allein war, fühlte sie sich doch wieder recht bedrückt.

Wenn ihr auch Graf und Gräfin freundlich begegneten, so war es doch gewiß keine angenehme Sache, ein geistig nicht normales Kind bedienen zu müssen.

Auch sonst schien Helene bei näherem Nachdenken jetzt manches recht sonderbar. Warum kamen die Herrschaften mit Saal und Bad — der halbe Korridor stand voll Koffer und Reisekörbe — nach Dubshinka, wenn sie doch schon vorher die Absicht gehabt hatten, nach Aegypten zu reisen?

(Fortsetzung folgt.)

Chronik des Tages.

— Bonar Law will einen dreimonatigen Zahlungsausschuss für Deutschland vorschlagen.
 — Die Brüsseler Konferenz wird voraussichtlich erst Anfang Januar zusammenzutreten.
 — Kapitän Ehrhardt ist in München verhaftet und nach Leipzig transportiert worden.
 — Die Entente macht die Aufhebung der militärischen Überwachungskommissionen von der Erfüllung neuer Forderungen abhängig.
 — Die erste Sitzung der Konferenz über die Meerengenfrage ist entsprechend dem Erlauchen der Russen auf Montag verschoben worden.
 — Zwischen Lord Curzon und Venizelos ist volle Uebereinstimmung darüber erzielt worden, daß die Vordringe in Albanien und Überwindung des dortigen englischen Besatzungsregimes seinen Anlaß zur Unterbrechung der Konferenzarbeiten geben sollen.

Von Woche zu Woche.

Hauptbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Dem gallischen Dahn ist wieder einmal der Ramm geschwollen. Poincaré droht mit der „Beschlagnahme“ des Rheinlandes und der Befestigung des größten Teiles des Ruhrgebietes, um „produktive Pfänder“ und Garantien in die Hand zu bekommen und Frankreich begabt zu machen. Es kümmert ihn wenig, daß die beabsichtigte Beschlagnahme seiner Pfänder die unproduktive Maßnahme ist, die man sich denken kann. Dat er ja auch nie die Lösung der deutschen Zahlungsunfähigkeit im Auge gehabt. Was liegt ihm an finanziellen Reparationsleistungen Deutschlands. Gerade das Gegenteil ist sein Ziel: Vernichtung der deutschen Wirtschaft, und die glaubt er am besten durch völlige Angliederung der Rheinlande an Frankreich und durch die Beherrschung und Ausbeutung des Ruhrgebietes zu erreichen.

Daß Poincaré fest entschlossen ist, seine Gewaltpläne durchzuführen, wird heute daran zweifeln. Ist England imstande, einen französischen Kommando ins Ruhrgebiet aufzuhalten? Nein! Es gibt keine Macht der Welt, die in der Lage wäre, die französischen Truppen am Marnekanal zu verhindern. Das ist eine naive Tatsache. Die Weltmachtstellung Englands ist erloschen, besonders in der Länder- und Völkerbrücke im Orient. Die Hände sind ihm gebunden. Belgien ist von Frankreich politisch und wirtschaftlich vollkommen abhängig und treibt zudem eine ähnliche Rheinlandpolitik, die ihm eine wirtschaftliche Einfluß- und Auswirkungsphäre von Vachen bis zum Niederrhein verleiht. Aufsolmi hat die Unterstellung Italiens in nicht mißverständlicher Weise Frankreich anbeboten. In der Gefolgschaft der französischen Erantanten, Polen und der Tschechoslowakei, ist nicht zu zweifeln.

Entscheidend ist die Politik Amerikas. Nach den letzten Meldungen aus den Vereinigten Staaten zu urteilen, sind die Sympathien Amerikas für Frankreich sehr im Schwanken begriffen. Der französische „Friedensapostel“ Clemenceau hat auf seiner Werbereise durch die nordamerikanischen Städte eine derartige Mißbilligung erlitten, daß er sich zur schleunigen Rückkehr nach seiner französischen Heimat entschließen mußte. Im übrigen dürfte der Proteststurm im Rheinland den Franzosen zur Genüge gezeigt haben, daß die Rheinländer deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Außerdem hat auch der neue Reichszentralrat in seiner Antrittsrede im Reichstag unter dem stürmischen Beifall des Hauses erklärt, daß die deutsche Regierung nie und nimmer wieder es zugeben wird, daß die Rheinlande welchem Siegerübermittel preisgegeben würde.

Während so Deutschland um Sein oder Nichtsein kämpft, wird in Lausanne um das Schicksal des türkischen Volkes gekämpft. Ob man dort zu einer Einigung kommen wird, ist höchst fraglich. Beinahe war es schon infolge des griechischen Justizmordes zu einem vorzeitigen Abschluß der Konferenz gekommen. Entgegen den Warnungen Englands hatte die gegenwärtige Revolutionsregierung das Todesurteil in dem Hochverratsprozeß gegen die Minister und Ratgeber des früheren Königs Konstantin vollstrecken lassen. Sie sind erschossen worden. Die nächste Folge war ein Bruch der Beziehungen zwischen England und Griechenland, der unter Umständen zur Sprengung der Lausanner Konferenz führen könnte.

Ein kurzfristiges Moratorium.

Hauptentscheidung erst Anfang nächsten Jahres.

Die Zusammenkunft der verbündeten Premierminister findet nun bestimmt am 9. November in London statt. Die Verhandlungen sollen eine gemeinsame Stellungnahme in der Frage der neuen Reparationsvorschlüge und des Zeitpunktes der Brüsseler Konferenz herbeiführen. Die letzte Entscheidung über die Reparationsfrage und über das von Deutschland verlangte Moratorium wird die Konferenz zu treffen haben. Ferner wird auch die Frage der Verbindung der Kriegsschulden mit den Reparationen in London besprochen werden.

Wie der „Petit Parisien“ dazu aus London erzählt, ist Bonar Law ein entscheidender Gegner aller dieser Beschlüsse. Er sei der Ansicht, daß es praktisch nie technisch so gut wie ausgeschlossen sei, die Konferenz wie Poincaré es wünsche — nach am 15. Dezember zusammenzubringen, wenn erst am 9. Dezember über Tagesordnung und Einladungen gesprochen werden soll. Die Konferenz könne frühestens Anfang Januar zusammengebracht werden. Dann aber sei tatsächlich die Zeit zu kurz, um die vor dem 15. Januar nötige Entscheidung noch rechtzeitig zu treffen. Deshalb wolle Bonar Law vorschlagen, zunächst bloß die deutschen Zinsen- und Zinseszinszahlungen aussetzen, über die Restschulden das ganze Zahlungsproblem nochmals von den Sachverständigen beraten zu lassen und dann im Januar mit Mühe die endgültige Entscheidung zu treffen.

Im diesem ganz praktischen Vorschlag ist nach Ansicht des Pariser Blattes nur das eine militä-

daß damit Poincaré zugunsten wird, noch einmal ein paar nur kurzes aber zunächst unbedingt und garantieloses Moratorium zu gewähren, was niemals mehr zu tun er vor der Kammer wiederholt bekräftigen hat. Bonar Law hoffe trotzdem Poincaré überzeugen zu können, daß er als neuer Mann, der die Termine nicht verschoben hat, ein Recht darauf hat, die große Frage eingehend zu studieren und sich nicht auf improvisierte Lösungen einzulassen.

Militärischen Poincarés?

Nach Pariser Meldungen hält man es für wahrscheinlich, daß Poincaré im Falle eines negativen Ausgangs der Londoner Besprechungen freiwillig zurücktreten würde, um Loucheur Gelegenheit zu geben, auf neuer Grundlage die Lösung des Reparationsproblems durch eine Verständigung mit den Verbündeten und mit Deutschland zu suchen. Man versteht, daß Präsident Millerand für die Pläne Loucheurs gewonnen sei. In den Verhandlungen der Kammer sei die erwartete Kombination Loucheur-Barrigon Hauptgesprächsgegenstand.

Der Unsinn von Versailles.

Unmögliche Forderungen.

Wie aus London gemeldet wird, erklärte in seiner Unterhandlung bei Einbringung des Änderungsantrages der Arbeiterpartei zur Antwort auf die Thronrede der Arbeiterführer Chynes, die internationale Politik seit Ende des Krieges sei zum großen Teil die Ursache der Arbeitslosigkeit. Der Betrag von Versailles sei undurchführbar. Es sei eine Torheit gewesen, auf die unbegrenzten Reparationswünschen, die erst von Deutschland gefordert wurden, zu hoffen. Anfangs seien 50 Milliarden Pfund Sterling genannt worden, und diese Summe sei jetzt allmählich auf Churchills Ziffer von 2½ Milliarden herabgesunken. Die Militärs müßten, statt mit dieser Frage in dieser zwecklosen Weise zu spielen, sie ernster behandeln. Es könne keine Regelung der Lage geben, bevor eine Regelung dieser Frage erzielt sei, entweder durch eine schiedsrichterliche Entscheidung oder durch ein Uebereinkommen, an dem Deutschland selbst beteiligt sei. Bonar Law habe erklärt, England müsse mit Frankreich und Italien zusammenwirken. Er, Chynes, wolle auch mit Frankreich und Italien zusammenwirken, aber nicht allein mit diesen Ländern.

Kapitän Ehrhardt verhaftet.

Von München sofort nach Leipzig abtransportiert.

Der wegen Teilnahme am Kapp-Putsch seit langem freibrieflich verjagte Korvettenkapitän Ehrhardt, der frühere Führer der Marinebrigade Ehrhardt, ist am Donnerstag in München durch den Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes ermittelt und verhaftet worden. Ehrhardt wurde auf Anordnung des Reichsgerichts noch am selben Abend nach Leipzig transportiert.

Ueber Ort und nähere Umstände der Verhaftung wird auf Anordnung der Untersuchung führenden Behörde strenges Stillschweigen bewahrt. Ehrhardt, der seit Erlass des Haftbefehls gegen ihn seinen Wohnsitz in Salzburg hatte, ist mehrfach in München gesehen worden. Er soll unter dem Namen Eismann aufgetreten und wiederholt mit General Lütjohr, der sich dort unter dem Decknamen Lorenz aufhielt, zusammengetroffen sein. Die Verhaftung Ehrhardts ist in München selbst erfolgt, wo er seit mehreren Tagen heimlich und unangemeldet aufhielt. Er ließ damit dem Reichsgericht in die Arme, der in seiner Hochverratsangelegenheit nach München gekommen war und hier in Zusammenarbeit mit den ihm zur Verfügung gestellten Beamten der Polizeidirektion Erhebungen anstellte. Diese führten zur Feststellung von Ehrhardts Aufenthalt und seiner Verhaftung. Ehrhardt wird bekanntlich auch mit der „Organisation C“ (Consul) in Verbindung gebracht, die wiederum mit der Ermordung Erzbergers und Ratheshaus in Zusammenhang stand.

Politische Rundschau.

— Berlin, 2. Dezember 1923.

— Der Reichszentralrat hat den großbritannischen, den holländischen und den spanischen Botschafter und den Vizekonsul des Reiches der russischen Sowjetrepublik, Zischlerin sowie den amerikanischen Senator Mc Cormick empfangen.

— Der Reichszentralrat hat die Lage- und Uebernahmungs-gelder für Dienststellen der Beamten um 60 Prozent erhöht.

— Der deutsche Handwerks- und Gewerbetreibendenverband hat den Reichstag und die Reichsversammlung, die am 15. Dezember in Berlin tagen wird, um die Befreiung von Steuern und Abgaben ersucht.

— Als Regierungspräsident für Vachen ist der gegenwärtige Landrat in Düren, Komhoff, in Aussicht genommen.

— Der neugewählte oberste Reichspräsident ist auf den 18. Dezember nach Döbeln einberufen worden.

— Der Hamburger Senat hat die Schaffung eines „Instituts für auswärtige Politik“ beschlossen. Dem geplanten Institut sind schon jetzt auch von privater Seite Mittel zur Verfügung gestellt.

— Bei den Gemeinderatswahlen in der ehemaligen deutschen, jetzt dänischen Stadt Løndert einigten sich die beiden Parteien dahin, daß fünfzig Deutsche und 50 Dänen im Gemeinderat saßen. In hoher Mehrheit sind die Deutschen, die Dänen 4 Vertreter.

— Neue Forderungen der Entente-Kommissionen. Nach einer Notiznote machen die Alliierten die Erfüllung der militärischen Kontrollkommissionen durch ein kleineres militärisches Garantiefomitee von der Erfüllung folgender „fünf Bedingungen“ abhängig: Durchführung der Umformung der Munitionsfabriken, zweitens: Uebergabe des

Kriegsmaterials, das über die der deutschen Nachkriegsarmee zugestandene Menge hinausgeht, drittens: Die von der deutschen Behörde über das Kriegsmaterial zu treffenden Statistiken, viertens: Gezielte Verwaltungsmaßnahmen zur Verhinderung der Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial und zur Herstellung eines Rekrutierung- und Verwaltungssystems in der Armeee entsprechend dem Friedensvertrag, ebenso die Garantien hinsichtlich der Polizeiorganisation, fünftens: Einreichung der Erklärungen für die Militärkontrollkommissionen in der Ausübung ihrer Funktionen. — Es ist noch gar nicht so lange her, daß die Alliierten, insbesondere England, betont, daß die Militärkontrollkommissionen bei dem tatsächlichen abgerüsteten Zustand Deutschlands überflüssig seien und allmählich abgebaut werden müßten, wenn man überhaupt Reparationen von Deutschland erhalten wolle. Diese Einsicht scheint offenbar nicht von langer Dauer gewesen zu sein. Am übrigen sind die von den Alliierten für die Ueberwachungsausschüsse gestellten Forderungen schon längst erfüllt.

— Erklärungen Zischlerins in Berlin. Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Zischlerin verließ einige Stunden lang auf der Durchreise nach Lausanne in Berlin und traf bei dieser Gelegenheit auch mit dem neuen Reichszentralrat Gano und dem Reichsstaatsminister v. Nolzenberg zusammen. Am Abend empfing er in der russischen Botschaft die Vertreter der Presse, um sich in einer programmatischen Erklärung über die Ziele der russischen Außenpolitik zu äußern. Rußland verlangt unter allen Umständen, daß die Meerengen in den Händen der Türken bleiben sollen, daß die souveränen Rechte des türkischen Volkes auf seine Gewässer, d. h. die Meerengen, durchaus gewahrt werden, daß die Meerengen durch Verträge der Türkei mit den Mächten für Kriegsschiffe ständig und für immer geschlossen bleiben bei gleichzeitiger Freiheit der Handelsfahrtschiffe. Jede andere Lösung wird von Rußland verworfen.

— Braunschweig für Wiedereinführung der Zwangs-wirtschaft. Der Landtag hat einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, der die Landesregierung beauftragt, bei der Reichsregierung auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zu dringen. Desgleichen einen Antrag auf Entsendung einer aus Mitgliedern des Landtages und Vertretern der Verbraucherverbände bestehenden Kommission nach Berlin, die mit der Reichsregierung über eine Besserung der Lage der am schwersten leidenden Volksteile verhandeln soll.

— Erhöhung von Verpflegungsgrenzen und Geschäftsgrenzen. Im Reichstag wurde, einem Antrag des Reichstagsausschusses für Sozialpolitik entsprechend, in der Krankenversicherung die Verpflegungsgrenze auf 732 000 Mark Jahreseinkommen erhöht. Für die obligatorische Versicherung werden die Grundlöhne auf 1800 Mark erhöht. — Genehmigt wurde ferner der Besetzungsurteil, der gewisse im Handelsverkehr und in der Gewerbeordnung vorgesehene Gehaltsbegrenzungen bezüglich Zulässigkeit von „Einkaufsbeschränkungen“, Wirklichkeit des Wettbewerbsverbots und Wegfall der Kartellunterschiedung mit Rücksicht auf die fortschreitende Geldentwertung bedeutend erhöht. Festgelegt wurden nimmere Beträge von 840 000, 260 000 und 1 200 000 Mark. — Schließlich erklärte sich der Reichsrat einverstanden mit Verringerungen des Gerichtskosten-gesetzes, die eine Erhöhung der Einnahmen aus den Gerichtskosten und eine Vereinfachung des Geschäftsbetriebes herbeiführen bezwecken. Als Hauptmittel zur Ertragung der Gerichtskosten wird eingeführt die Vorauszahlung der Gebühren. Die Vorauszahlung ist die Voraussetzung der Anbahnung eines Klagertermins oder einer Berufungs-verhandlung.

— Freibruch in Prozeß Maurenbrecher. Der Haupt-schriftleiter der deutsch-völkischen „Deutschen Zeitung“ Max Maurenbrecher, hatte sich vor der Berliner Strafkammer wegen Aufreizung zum Rassenhaß zu verantworten. Die Anklage stützte sich auf einen unter dem Titel „Die jüdische Fälschung“ erschienenen Artikel, in dem die im Jodenhaß-Prozeß erzielten Fälschungen Eisners in den Berliner Gesundheitsberichten des Grafen Verchenfeld als der Gipfel der jüdischen Gefährdung am deutschen Volke bezeichnet wurde. Zum Schluß wurde in dem Artikel die Aufhebung der staatsbürgerlichen Gemeinschaft zwischen Deutschen und Juden und die Enttarnung des hochverräterischen Volkes aus unserer Mitte verlangt. Die Anklage erblüht in diesem Artikel eine Aufreizung zu Pogromen und sonstigen Gewalttätigkeiten gegen die jüdische Rasse. Der Angeklagte behauptete demgegenüber, daß in dem Artikel keinesfalls eine Aufforderung zur Begleichung von Gewalttätigkeiten liege, sondern lediglich die Enttarnung der Juden aus Deutschland auf selbstgerechtem Wege. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für Aufreizung zum Rassenhaß für schuldig und beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung, da es in den Artikeln keine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten zu erblicken können glaubte.

Rundschau im Auslande.

— Nach „Gazeta Warszawska“ soll die Einföhrung der polnischen Valuta in Obergalicien nicht am 1. Dezember, sondern erheblich später erfolgen.

— Bonar Law teilte im englischen Unterhaus auf eine Anfrage Chamberlains mit, daß die britische Regierung nicht gemeinsam mit den Alliierten in der Zurück-schiebung der diplomatischen Vertretung in Wien gehandelt hat. Die Regierung habe die Aktion unternommen, die sie für recht hielt.

— Einem russischen Gesuch entsprechend ist die erste Sitzung der Lausanner Konferenz über die Meerengenfrage auf Montag verschoben worden.

— Der Stellvertreter des obersten Oberkommissars in Konstantinopel hat dem neuen Kaiser eine offizielle Besuch gemacht, der allgemein als die Anerkennung des neuen türkischen Oberhauptes der Türkei ausgelegt wird.

England: Eine Verschönerung in Irland.

Aus Dublin wird berichtet, daß durch die Erteilung einer Befreiung von 80 Parlamentsmitgliedern des Freiheitsbewegtes. Es handelt sich um Mitglieder der sogenannten "Irish Volunteers". Die Suche nach de Valera wird fortgesetzt.

Griechenland: Kritik Andreas vor dem Kriegsgericht.

Die Kriegsgerichtsverhandlung gegen den Prinzen Andreas, den Bruder des Königs Georg, soll am Montag vor dem Gericht des Generals Vlachos stattfinden. Prinz Andreas wird von den Revolutionärsregierungen befreit in Kleinasien, des Generals Papulos, seinen Gehörten zu haben, wodurch die griechischen Interessen schwersten Schaden erlitten haben sollen. Nach einer Neutermineung aus Athen sind die Generäle Papulos, Dismas und Paletas verhaftet worden.

Türkei: Anarchie in Westasien.

Die Lage in Westasien gestaltet sich immer schlechter. Die türkische und bulgarische Warden streifen über das Land und scheinen die Grenzen der Situation zu sein. Eine Schaar von ungefähr 5000 Männern, die mit Maschinenwaffen ausgerüstet sind, bröckelt aus dem Norden nach Debagosch, um eine Volksversammlung zu veranstalten. Der Orientexpress ist zwischen Adlanobel und Sulefurgas entgleist, man weiß nicht, ob infolge eines Zusammenstoßes oder eines Anfalls. Die telegraphische Verbindung zwischen Ararat und Saloniki soll unterbrochen sein.

Handelsteil.

Berlin, den 1. Dezember 1922.

Nach der heutige Devisenmarkt verkehrte in unruhiger Haltung. Einige Devisen schwächen etwas ab, während der Dollar sich behauptete und genau wie am Donnerstag mittags 7630 notierte. Als Abgeber trat in erster Linie der deutschstämmige Devisenhandel auf.

Der Effektenmarkt war uneinheitlich. Im Besonderen eine gewisse Zurückhaltung erkennbar, zumal da der Devisenmarkt sich nicht so ohne weiteres erneuern wahren hatten. Die ersten Kurse zeigten ein einheitliches Bild und neben neuen Kurssteigerungen war namentlich im Markt der Montanwerte in vielen Papieren Rückgang zu verzeichnen. Bald nach Beilegung der ersten Kurse vollziehend sich indessen eine Wandlung und die Tendenz erhob sich von den Aktien der Deutschen Maschinenfabriken, die eine gewaltige Kurssteigerung erlitten, auf Gewerke über das Besondere der Transaktionen, eine entscheidende Befestigung. Die Spekulation schritt auf den meisten Aktien zu Rückkäufen und die Preisrückgänge in der Textil-, Eisen-, Kalk- und Zementindustrie wurden in einem für die Industrie günstigen Maße betrachtet. Im weiteren Verlauf blieb die Tendenz gut behauptet und die anfängliche Geschäftsstille machte einer Belebung Platz.

Die Geschäftstätigkeit auf dem Produktionsmarkt hielt sich in engen Grenzen. Etwas Roggen wurde gehandelt. Lizenzen aus der Provinz lagen wohl reichlich vor, doch äßten die Käufer angesichts der hohen Forderungen große Zurückhaltung.

Stand der Mark.

Es folgte nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am 1. 12. 30. 11. 1914

holländischer Gulden	2927	3067	367 M.
belgischer Franc	498	498	0.80
dänische Krone	1511	1579	1.12
schwedische Krone	2014	2029	1.12
italienische Lira	366	374	0.80
englisches Pfund	33416	34743	20.00
Dollar	7630	7630	14.20
französischer Franc	526	543	0.80
schweizerischer Franc	1451	1445	0.80
türkische Krone	250	244	0.80

Warenmärkte.

Mittagsbörse. (Amtlich) Preise für 50 Kilo ab Station: Weizen 14.00-15.00, Roggen 13.00-13.00, Sommerweizen 13.00-12.00, Hafer 14.00-13.00, Mais (rot) Weizen 15.00-15.00, Weizenmehl (100 Kilo) 38.00 bis 43.00, Roggenmehl (100 Kilo) 34.00-37.00, Weizenkleie 7.00-7.00, Roggenkleie 7.00-7.00, Raps 24.00 bis 25.00, Viktoriaerbsen 26.00-27.00, Kleine Erbsen 23.00-24.00, Bohnen 17.00-18.00, Ackerbohnen 15.00-16.00, Widen 19.00-21.00, Lupinen blaue 16.00-17.00, gelbe 17.00-18.00, Cerafella 30.00 bis 36.00, Rapskuchen 9.00-9.00, Trofentanzel 6.00 bis 6.00, Vollwertige Futtermittel 8.00-8.00, Tortmelasse Mischung 3.00-4.00.

Heu und Stroh.

Drahtgepresstes Roggen-, Weizen- und Haferstroh 5600 bis 5800, bindelgepresstes Roggen- und Weizenstroh 5300 bis 5400, Roggenlangstroh 5400-5500, lodes und gebündeltes Stummstroh 5200-5300, Häfel 6200-6400, handelswichtiges Heu 3500-3600, gutes Heu 3900-4000 Mark.

Vereine und Versammlungen.

□ Jugendpflege in Preußen. Unter dem Vorsitz des preussischen Volkswirtschaftsministers Stiffener fand in Berlin die erste Tagung des für Preußen neugegründeten Landesbeirates für Jugendpflege und Jugendbewegung einschließlich Leibesübungen statt. Vertreten waren die größeren Verbände der Jugendpflege und Jugendbewegung, die beteiligten Behörden, Vertreter der städtischen und ländlichen Gemeinden, der politischen Parteien, der Verzehrgesellschaft, der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und Gewerbes, des Handwerks sowie besonders sachkundige Einzelpersonlichkeiten, darunter Jugendpfleger und Jugendpflegerinnen. Der Minister erörterte die Notwendigkeit der Gründung des Landesbeirates, die Gesichtspunkte für die Zusammenfassung, die Schaffung von Arbeitsausschüssen (für die körperliche Erziehung, für die wirtschaftlichen, sozialen und sittlichen Aufgaben der Jugendpflege auf dem Lande sowie der weiblichen Jugend, für die Angelegenheiten der Jugendpfleger und Jugendpflegerinnen) und die Zusammenfassung der Arbeitsausschüsse. In der Aussprache ergab sich die Zustimmung aller zu der Gründung des Landesbeirates und der Arbeitsausschüsse.

Preussischer Landtag.

Berlin, den 1. Dezember 1922.

Der Antrag der Geschäftsordnungskommission auf Zurückziehung der Genehmigung zur Inhabitation des kommunizistischen Abg. Oberlein wird angenommen. Die Beratung des deutschnationalen Antrages über die Auflösung des Jungdeutschen Ordens

und wird fortgesetzt. Abg. Meier-Berlin (Soz.) erklärt, die erste und zweite Großmeister des Ordens hätten eingeladene andere Mitglieder der bei sich gehabt und auch bei den anderen Mitglie-

der Jungdeutschen Ordens in das Fraktionszimmer des Jungdeutschen Ordens sei und versucht habe, den Jungdeutschen Dr. Schöning wegen seiner Rede „zur Weichenhaft“ zu ziehen. Die Jungdeutsche Fraktion habe den jungen Herren die gehörende Antwort gegeben. Abg. v. Einbecker-Wilken (Dnt.) begreift in seinem Rede die Ausführungen des Abg. Schöning als eine recht billige Verhöhnung der Organisation des Jungdeutschen Ordens.

Der deutschnationale Antrag auf Auflösung des Bundes wird schließlich in namentlicher Abstimmung mit 185 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

Krankenkassen und Apotheken.

Es folgt die Beratung eines sozialdemokratischen Antrages auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, der den Gemeinden, Krankenkassen und Krankenanstalten ein Recht zur Erhaltung eigener Apotheken sichert. Ein zweiter Antrag dahin, daß die Krankenkassen berechtigt sind, wegen Vereinerung von Ärzten mit Apotheken Verbindungen zu vereinbaren und Arznei- und Heilmittel selbst an die Mitglieder abzugeben. Der Antrag hat beide Anträge abgelehnt. Darüber entspringt sich eine längere Debatte.

Die bürgerlichen Abgeordneten wenden sich gegen eine Sozialisierung der Apotheken, während die Sozialdemokraten die Sozialisierung des Gesundheitswesens verhängen. Die Anträge der Sozialdemokraten werden schließlich dem Ausschuss zur Entscheidung übergeben.

Ohne Aussprache werden Anträge des Reichsausschusses auf Verwirklichung und Erleichterung der Wirtschaftslane Erbreuens sowie auf weitere Einschränkung des Spielzeuges angenommen.

Das Haus verläßt sich dann auf Connabend: Verbot der „Roten Gaben“.

Schlussdienst.

Eine Pariser Reise des Reichsministers Hermes? Berlin, 1. Dezember. Wie in diesem politischen Streifen verlautet, trägt sich das Reichskabinett mit der Absicht, den Reichsfinanzminister Dr. Hermes in den nächsten Tagen nach Paris zu entsenden, damit er dort mit der französischen Regierung in den Reparationsfragen direkt Fühlung nimmt. Die Regierung soll großen Wert darauf legen, daß endlich eine direkte Aussprache mit der französischen Regierung herbeigeführt wird. Ein endgültiger Beschluß über die Reise des Ministers ist jedoch noch nicht gefaßt worden.

Die Verringerung der Zwangsankleihe.

Berlin, 1. Dezbr. Der Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung des Zehntels über die Zwangsankleihe ist nunmehr dem Reichstag zugegangen. Der Gesetzesentwurf enthält in erster Linie Verringerungen, die mit der Geldentwertung im Zusammenhang stehen. Sie beziehen sich insbesondere auf die Bewertung der Wertpapiere und auf die Erhöhung der Freigrenzen. Bisher waren von der Zwangsankleihe Vermögen bis zu 100 000 Mark befreit. Diese Freigrenze soll jetzt auf 200 000 Mark erhöht werden. Der Gesetzesentwurf soll mit rückwirkender Kraft vom 25. Juli 1922 in Kraft treten.

Die rheinischen Akademiker für die Freiheit des Rheinlandes.

Ahn, 1. Dezember. Die „Rheinische Zeitung“ veröffentlicht eine Kundgebung der Ahner Vereinigung aller Akademiker, in der erklärt wird, daß sie sich in der schärfsten Zurückweisung aller gegen die Freiheit der Rheinlande und auf ihre Absonderung vom Deutschen Reich gerichteten fremdländischen Bestrebungen einsetzt. Die Vereinigung gelobt in dieser Stunde tiefer Not von neuem heilige Treue.

Eingreifen der Betäubungsbehörde in Ludwigsbafen.

Ludwigsbafen, 1. Dezember. Die französische Behörde hat den ausländischen Arbeitern des Getreidetransportwesens, die trotz des für Lebenswichtige Betriebe erlassenen Streikverbotes in den Streik getreten sind, einen Acquirierungsbefehl zugehen lassen. Infolgedessen kam es nicht zum Generalkstreik.

Die Kosten der Rheinlandbesetzung.

London, 1. Dezember. Schatzkanzler Baldwin hat auf eine Anfrage im Unterhaus mitgeteilt, daß die gesamten seit dem Waffenstillstand 54 Millionen Pfund Sterling (nach dem jetzigen Kurs über 1800 Milliarden Papiermark. D. Red.) betragenden Kosten des Besetzungsheeres am Rhein bereits von der deutschen Regierung bezahlt worden seien.

Gerichtssaal.

□ Allmonediebstahl in Memel. Wegen des im Juni 1921 verübten 5 Millionen-Diebstahls auf dem Memeler Postamt verurteilte das Schwurgericht in Memel den Postkassierer Karl G. auf 6 Jahre Gefängnis, seinen Vater und seine Mutter wegen wesentlichen Beihilfes zu 4 bzw. 7 Jahren Gefängnis und seinen Bruder Willy wegen schwerer Untunterschlagung, zu 8 Jahren Zuchthaus.

Lokales.

Gedenktafel für den 3. Dezember.

1800 Sieg der Franzosen über die Österreicher bei Epeninden - 1870 Schlacht bei Orléans - 1910 7. Der Kaiser Ludwig von Bayern in München († 1845) - 1918 Deutscher Sieg über die Osmanen am Arges (1.-3. Dez.).

□ Gesundheitszeugnisse vor der Eheschließung. Die von verschiedenen Seiten angeregte Einführung von Gesundheitszeugnissen vor der Eheschließung dürfte in Preußen in Kürze verwirklicht werden. Dieser Tage hat der Ausschuss für Bevölkerungspolitik des preussischen Landtags die Staatsregierung aufgefordert, eine Vorlage einzubringen, durch die der Eingehung einer Ehe der Austausch von Gesundheitszeugnissen vorgeschrieben wird mit der Maßgabe, daß daraus nicht die Folgerung eines Eheverbotes gezogen wird, ferner soll verlangt werden, daß in den Schulen und Fortbildungsschulen in einer dem Verständnis der Jugend angebotenen Form Belehrung über die gesundheitliche Grundlage der Ehe erteilt wird und an allen Unberufenen öffentliche Vorle-

lungen über Eheschließung gehalten werden. In der künftigen Vorlage ist allein der, allen Verlobten das Recht zu geben, sich über ihren Gesundheitszustand ein klares Bild machen zu können. Eheverbote dürfen auf Grund der Zeugnisse nicht ausgesprochen werden.

□ Die Folgen der Markentwertung im Postverkehr. Der heftige Gegenwind des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket-, Telegramm- und Zeitungverkehr ist mit Wirkung vom 4. Dezember an auf 1600 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland maßgebend. Für Ferngespräche nach dem Ausland werden ebenfalls entsprechend erhöhte Gebühren erhoben. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten. - Vom 1. Dezember an wird der Höchstbetrag für Postaufträge zur Geldentwertung, Postpostlaufträge und Nachnahmeforderungen von 30 000 Mark auf 150 000 Mark erhöht.

Soziales.

□ Spenden für die deutsche Notgemeinschaft. Dem Ausgleichsfonds der Deutschen Notgemeinschaft gingen u. a. folgende größere Spenden zu: Firma Louis Schulze 1 000 000 Mark, Südbayerische Bank 200 000 Mark, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger 100 000 Mark.

□ Schwedische Hilfe für die deutschen Studenten. In Schweden sind in der letzten Zeit etwa 30 000 Kronen oder nach dem heutigen Kurs etwa 60 Millionen Mark gesammelt worden. Die Sammlung wird fortgesetzt und soll insgesamt 50 000 Kronen oder 100 Millionen Mark einbringen.

□ Deutsche Notgemeinschaft in Sachsen. In Dresden gründeten die Vertreter der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, der Banken, der Beamten und der Arbeitnehmer ein gemeinsames Hilfswerk: die Deutsche Notgemeinschaft in Sachsen, das die schnelle und positive Hilfeleistung für die Armen und Klerikalen unserer Tage zur Aufgabe hat. Die Arbeitnehmer erklärten sich bereit, im ganzen Lande einen in zwei Raten zu leistenden Stundenlohn der Notgemeinschaft zu spenden, die Beamten wollen 1/2 Prozent ihres Monatsgehalts an die Notgemeinschaft abführen. Auch die Vertreter aller übrigen Organisationen der Industrie, des Handwerks, des Handels der Landwirtschafts- und Gewerbetreibenden, der Banken und der amtlichen Wohlfahrtspflege versprachen tatkräftige Förderung der Unterhaltungsaktion. Es wurde ein großer Landesausflug und ein geschäftsführender Ausschuss bestimmt, der im Einvernehmen mit der Presse schnelle und positive Arbeit zur Wiltde-ung der Not zu leisten hat.

Volkswirtschaft.

□ Weitere Erhöhung des Zollaufsatzes. Für die Zeit vom 6. bis einschließlich 12. Dezember 1922 beträgt das Zollaufschlag 177 900 vom Hundert gegen bisherige 166 900 Prozent.

□ Preissteigerung für künstliche Düngemittel. Eine Verordnung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bringt eine Erhöhung der Höchstpreise für Thomasmehl. Die Preise betragen ab 1. Dezember 1922 für 1 Kgr. % Gemaltothosphorsäure 208,75 M., für 1 Kgr. % zitroneisensäurehaltige Phosphorsäure 245,60 Mark. Zweck Aufbringung weiterer Mittel zur Einfuhr ausländischer Phosphorsäure kommt neben den oben genannten Preisen eine Umlage zur Erhebung, die für 1 Kgr. % Gemaltothosphorsäure 101,25 Mark, für 1 Kgr. % zitroneisensäurehaltige Phosphorsäure 119,40 Mark beträgt. Des weiteren haben angesichts der eingetretenen Verteuerungen die Sachschläge für Thomasmehl erhöht werden müssen.

□ Erhöhung der Kaffepreise. Die Reichsstaats-Ankaufpreise sind ab 1. Dezember d. J. um 68 Prozent erhöht worden.

Scherz und Ernst.

□ Der „Kraftwagen“. Die Kraftwagen, welche der amerikanische Milliardär Ford zu Millionen auf den Markt wirft, genießen den Ruf, fabelhaft billig, aber recht wenig dauerhaft zu sein. Mancherlei Scherze werden darüber in ausländischen Blättern gemacht: einer der besten scheint uns noch der folgende zu sein: Ein Herr, dem es wirtschaftlich nicht gerade zum besten ging, fristete sein Dasein mit dem Sammeln von Metallschrott, altem Blech, Metallresten, Konfervenbüchsen und dergleichen. Als er genügend beisammen hatte, schickte er alles zusammen, das Blech, die alten Konfervenbüchsen, den Schrott, die Abfälle zu einer Altkemalhandlung, um alles dort loszuschlagen. Im selben Hause aber befand sich eine Ausbesserungswerkstätte für Ford-Kraftwagen. Durch einen Zufall bekam diese die Sendung ausgeliefert. Man begriff das Entzinnen des Abfenders, als er von der Ford-Werkstätte folgenden Brief empfing: „Sehr geehrter Herr - wir bedanken uns, Ihnen mitzutteilen, daß wir Ihren Kraftwagen empfangen. Wir haben selten ein so schwer beschädigtes Automobil gesehen, aber wir werden unser Bestes tun, um es wieder gebrauchsfähig zu machen. Beigeflossen empfangen Sie unseren Kostenvoranschlag.“

□ Der verborgene Rafael. Ein Kaufmann in Saint-Ger in französischen Departement Landes hatte sich vor kurzen wegen irrtümlicher Bankrotts zu verabschieden. Dabei stellte es sich heraus, daß er im Besitz eines durch Unachtsamkeit an ihn gelangten echten Rafael im angeleglichen Wert von 500 000 Franken sei. Vor Gericht weigerte er sich, anzugeben, wo er das Bild verborgen habe. Er wurde zu zweifachem Gefängnis verurteilt. - Die Kunstgelehrten werden vielleicht ein Fragezeichen hinter die „Echtheit“ des Bildes setzen, das mit einer halben Million Franken sehr niedrig geschätzt sein würde.

